

Drei Verdächtige in Haft: Ausbeutung vietnamesischer Arbeitskräfte aufgeklärt!

Drei Verdächtige wegen Ausbeutung vietnamesischer Arbeitskräfte in Oberfranken festgenommen. Zunahme illegaler Beschäftigung in Deutschland.



Rödental, Deutschland - In Oberfranken stehen drei Verdächtige in Untersuchungshaft, die beschuldigt werden, vietnamesische Arbeitskräfte illegal ausgebeutet zu haben. Dies berichtet die **PNP**. Bei einer Durchsuchung in Rödental, Landkreis Coburg, nahmen Polizei und Zoll elf Menschen vorläufig fest. Die Haftbefehle richten sich gegen zwei Frauen und einen Mann im Alter von 38 bis 40 Jahren. Sie stehen im Verdacht, ausländische Arbeitskräfte unter prekären Bedingungen zu beschäftigen und unterzubringen.

Die Ermittlungen folgten einem anonymen Hinweis, der auf die

Misstände in den Nagelstudios im Chiemgau aufmerksam machte. Dabei etablierte sich ein nationales Bewusstsein für das wachsende Problem der Arbeitsausbeutung in Deutschland, das durch ein Rekordhoch bei den Ermittlungsverfahren untermauert wird. Laut dem **BR** zählte das Bundeskriminalamt im letzten Jahr 36 abgeschlossene Verfahren gegen Arbeitgeber, die auf Zwangsarbeit zurückgreifen. Experten schätzen die Dunkelziffer der Fälle als hoch ein.

Ermittlungen und Herausforderungen

Ermittlungen in solchen Fällen gestalten sich oft schwierig. Die Betroffenen, die häufig aus Angst vor Einschüchterung oder sogar Abschiebung schweigen, behindern die Suche nach den Drahtziehern. In der aktuellen Untersuchung wurden sechs Vietnamesinnen und Vietnamesen befragt, die über ihre Arbeitsbedingungen sprachen. Das Vertrauen zu den Ermittlern sei entscheidend, um die umfangreichen Misstände ans Licht zu bringen.

Ein zentrales Problem bleibt jedoch die Beweissicherung. Die Festgenommenen in Oberfranken umfassen sieben vietnamesische Arbeitskräfte, die illegal in Deutschland sind. Die polizeilichen Ermittlungen richten sich auch gegen die Männer wegen unerlaubten Aufenthalts, wobei die Ausländerbehörde für mögliche Abschiebungen zuständig ist.

Politische Initiative gegen Menschenhandel

Angesichts der Zunahme von Arbeitsausbeutung und Menschenhandel hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag von 2021 bis 2025 die Bekämpfung dieser Phänomene als prioritäres Ziel formuliert. Laut dem **BMAS** wird ein Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel entwickelt und eine unabhängige Monitoringstelle etabliert. Dies soll helfen, die Unterstützungssysteme für Betroffene zu verbessern und deren Rechte zu stärken. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe arbeitet zudem an einer ressortübergreifenden Koordination der

Maßnahmen.

Im Rahmen dieser Maßnahmen wurde eine Servicestelle gegen Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel ins Leben gerufen. Sie bietet umfangreiche Informationen und Materialien, um über die Risiken in besonders betroffenen Branchen zu sensibilisieren und Beratungsstrukturen auszubauen.

Insgesamt zeigt sich, dass Deutschland intensiv an der Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung arbeitet, um den gefährdeten ausländischen Arbeitskräften besseren Schutz zu bieten und einem dunklen Kapitel der Arbeitsmarktgeschichte entgegenzutreten.

Details	
Vorfall	Menschenhandel
Ursache	Ausbeutung illegaler Arbeitskräfte
Ort	Rödental, Deutschland
Festnahmen	17
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.pnp.de• www.br.de• www.bmas.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de